

Schriftführer/in:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stv

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
30.03.2016
- 3 Informationen zum Sachstand "Pfungstberg"
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen
Vorlage: 16/SVV/0006
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 4.2 Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0123
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Kommunale Immobilienverkäufe 2016
Vorlage: 16/SVV/0249
Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern
- 5.2 Prüfergebnis bzgl. der Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft
Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.
gemäß Beschluss: 15/SVV/0746
- 5.2.1 "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."
Vorlage: 16/SVV/0255
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.3 Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die
Sanierungsmaßnahmen
gemäß Beschluss: 15/SVV/0008
- 5.4 Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des Landes
gemäß Beschluss: 15/SVV/0801
- 5.5 Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der Flüchtlings-
und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875

- 5.6 Handlungskonzept Papierkörbe - erneute BE - Leerung aus einer Hand.
- 5.7 Ergebnisse - Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt gemäß Beschluss: 15/SVV/0223
- 5.8 Prozess zur Erstellung eines Tourismuskonzepts
- 5.9 Informationen zum Sachstand "Bürgertreff Eiche"
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.03.2016

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Die Tagesordnungspunkte **5.3** - Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die Sanierungsmaßnahmen, gemäß Beschluss: 15/SVV/0008,

5.4 - Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des Landes

gemäß Beschluss: 15/SVV/0801,

sowie **5.5** - Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875 – hierzu ist ein umfangreiches schriftliches Material erarbeitet worden, welches den Hauptausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben wird, bis zur Sitzung am 27.04.16 **zurückzustellen**.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Sonstiges** hat Herr Dr. Scharfenberg um Informationen zur Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h auf der L 40 gebeten.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt, den Tagesordnungspunkt **4.1** - Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen – DS **16/SVV/0006** – ebenfalls zurückzustellen, da der am 11.04.2016 ausgereichte

Projektablaufplan noch nicht in den Fraktionen beraten werden konnte.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 35. Sitzung vom 30.03.2016 gibt es keine Einwände; sie wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 Informationen zum Sachstand "Pfungstberg"

Der Oberbürgermeister weist eingangs darauf hin, dass heute über den derzeitigen Sachstand sowie die weiteren Schritte berichtet werden soll; eine Beschlussfassung sei nicht das Ziel für die heutige Sitzung.

Im Vorfeld haben sich die Ausschüsse für Finanzen; Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung mit den vorgestellten 3 Varianten befasst und unisono der Variante B, mit folgender Änderung: Streichung des Punktes 4 im Beschlussvorschlag:

„Hinsichtlich der laufenden Pflege und Erhaltung kann eine Kostenbeteiligung durch die Landeshauptstadt vorgesehen werden, die unter Haushaltsvorbehalt zu stellen ist. Die Kostenbeteiligung darf höchstens dem Aufwandsanteil auf den öffentlich nutzbaren Flächen entsprechen.“ zugestimmt.

Herr Goetzmann führt aus, dass der finanzielle Aspekt bei der Beratung in den Fachausschüssen eine große Rolle gespielt habe. Die nur für die Variante B aufrecht erhaltene Zusage der MDB KG, die Herstellungsmaßnahmen aus privater Hand zu finanzieren, habe letztendlich den Vorrang dieser Variante begründet.

Der von der Fraktion DIE aNDERE eingereichte Änderungsantrag wurde in allen drei Fachausschüssen abgelehnt.

Herr Prof. Dorgerloh dankt Herrn Goetzmann für die intensiven Gespräche mit allen Beteiligten, mit dem Ziel, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Das klare Votum der Fachausschüsse für die Variante B werde begrüßt und auch von der Stiftung favorisiert.

Der Stiftungsrat werde sich nun um private Finanzierungsmöglichkeiten bemühen.

Darüber hinaus haben Rücksprachen mit der MDB KG ergeben, dass diese auch die Pflegekosten für den öffentlichen Teil der Fläche übernehmen würde.

Weiterhin habe man sich darauf verständigt, neue Zuwegungen im Zeitraum des Nießbrauchvertrages zu schaffen sowie die Zugänglichkeit, wie auch im Neuen Garten: 7 Tage die Woche von 6:00 bis 22:00 Uhr bzw. von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, zu gewährleisten.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass auf dieser Grundlage das Projekt gestartet werden kann. Er betont, dass eine intensive Behandlung der Varianten und der Rechtsfolgen stattgefunden habe; die Zustimmung des Hauptausschusses sei Voraussetzung für die weiteren Schritte.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es auf Grund der sofortigen Überweisung der Beschlussvorlage in die Fachausschüsse, im Hauptausschuss noch keine Verständigung dazu gegeben habe.

Ausgangspunkt für die Verhandlungen sei der Nießbrauchvertrag und die darin festgeschriebene 40-jährige Nutzung.

Aus seiner Sicht, sei dieses Ergebnis in erster Linie für Herrn Döpfner ein gutes Ergebnis, auf Grund des Landgewinnes.

Er betont, dass die Fraktion DIE LINKE die Variante A favorisiere.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um Informationen, ab wann die Begehbarkeit hergestellt und wie diese konkret aussehen werde.

Wie weit gehen die Einschränkungen, die durch den Bebauungsplan möglich sind, einschließlich des Grundstückes von Herrn Döpfner.

Im Anschluss äußern sich die Vorsitzenden der Fraktionen CDU/ANW, Bürgerbündnis, SPD und Bündnis 90/Die Grünen dahingehend, dass die Entscheidung für Variante B begrüßt wird, Leistungen und Gegenleistungen damit im Gleichgewicht seien und die Variante B damit für alle Beteiligten von Vorteil sei.

Herr Kirsch bittet um Auskunft, ob das Grundstück, welches bisher immer ein Privatgrundstück war, umgewidmet wurde.

Herr Szilleweit erklärt namens der Fraktion DIE aNDERE, dass Tatsachen geschaffen wurden und man befürchte, damit einen Präzedenzfall zu schaffen.

Herr Prof. Dorgerloh erwidert, dass man über keine Flächen verfüge, welche nicht öffentlich zugänglich bzw. begehbar seien. Andere Objekte / Flächen in der Landeshauptstadt werden z.B. von der Universität genutzt. Darüber hinaus gebe es jedoch keine Flächen, welche per Nießbrauchvertrag an private Nutzer übergeben wurden oder werden können. Eine Übertragbarkeit auf andere Situationen scheidet deshalb aus.

Er betont, dass die Herstellung der Zugänglichkeit, unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit, das vollständige Erleben des Areals ermöglichen soll. Im Übrigen sei im Nießbrauchvertrag der Zeitraum für die zu schaffende Zugänglichkeit festgeschrieben.

Alle Seiten hätten sich bewegt; die Villa Schlieffen soll öffentlich als privates Museum genutzt werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob davon auszugehen sei, dass im nächsten Jahr die Hauptwege zugänglich seien, also die Öffnung schrittweise vollzogen werde, erwidert Herr Goetzmann, dass der Ablauf der Sanierungsmaßnahmen nicht zwingend die Wiederherstellung der Wege in den Vordergrund stellen kann, weil logistische Zusammenhänge der baulichen Maßnahmen beachtet werden müssen.

Prioritär sei zu klären, welche Flächen und Objekte zuerst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass der Stiftungsrat im Mai dazu beraten und beschließen werde; Voraussetzung sei eine positive Beschlussfassung im Hauptausschuss.

Abschließend führt er aus, dass die Tatsache, dass das Gelände einfach eingezäunt wurde, sehr problematisch gewesen sei. In den Planungen müsse die Entfernung des Zaunes im vertretbaren baurechtlichen Rahmen berücksichtigt werden.

Er sichert zu, dass alle Beteiligten nach der Beschlussfassung über den Stand der weiteren Entwicklung informiert werden.

Herr Jakobs dankt Herrn Goetzmann ausdrücklich für sein Engagement in der Sache.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen**

Vorlage: 16/SVV/0006

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

zurückgestellt

zu 4.2 **Öffnung der Gebote durch die Pro Potsdam**

Vorlage: 16/SVV/0123

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt zu der Vorlage folgenden Änderungsantrag ein, der im Verlauf der Diskussion von ihm modifiziert wird:

Der Unternehmensverbund Pro Potsdam wird gebeten, bei der Ausschreibungen von Grundstücken im Innenstadtbereich **für jede Fraktion ein Mitglied des Hauptausschusses** die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Öffnung der Gebote einzuladen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des Unternehmensverbundes Pro Potsdam entsprechende Gespräche **mit dieser Zielstellung** zu führen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am ~~06. April 2016~~ **04. Mai 2016** zu informieren.

Herr Westphal, Geschäftsführer der ProPotsdam GmbH, führt aus, dass es bisher keinen Anlass zur Änderung der Verfahrensweise gegeben habe. Die Informationen seien ausschließlich den Aufsichtsratsmitgliedern vorbehalten.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Herr Kirsch, Frau B. Müller, Herr Dr. Scharfenberg und Herr Szilleweit beteiligen, wird betont, dass die Informationen lediglich die im Aufsichtsrat vertretenen Fraktionen erhalten und darüber hinaus die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Grund dessen für die Stadtverordnetenversammlung nicht in dem erforderlichen Maße gegeben sei. Die Erweiterung des Kreises der Beteiligten werde als Zeichen von Transparenz gesehen.

Herr Schüler erwidert, dass nicht nachvollziehbar sei, welchen Wert bzw. Nutzen die erwarteten Mehrinformationen für die Fraktionen hätten, zumal der Hauptausschuss detailliert über Aktivitäten des Unternehmensverbundes, soweit Gesellschafterfragen berührt sind, informiert wird.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Kontrollfunktion dem Aufsichtsrat obliegt und die Zuständigkeiten eindeutig festgeschrieben seien.

Herr Exner, Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Finanzen, betont, dass die Beteiligung der Fraktionen an der Öffnung der Gebote bei Vergaben der Landeshauptstadt auf Grund einer vor Jahren getroffenen Verabredung gegeben sei.

Die Bieter müssen sich darauf verlassen können, dass nur die per Gesetz festgeschriebenen Beteiligten Kenntnis von den Geboten erhalten und die Verschwiegenheitspflicht gewahrt wird.

Frau Krusemark, Leiterin des Fachbereiches Recht, Personal und Organisation, regt an, den vorliegenden Antrag im Aufsichtsrat zu diskutieren.

Im Anschluss wird die modifizierte Fassung mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Unternehmensverbund Pro Potsdam wird gebeten, bei der Ausschreibung von Grundstücken im Innenstadtbereich die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zur Öffnung der Gebote einzuladen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung des Unternehmensverbundes Pro Potsdam entsprechende Gespräche zu führen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 06. April 2016 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	9
Stimmhaltung:	2

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage abzulehnen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Kommunale Immobilienverkäufe 2016

Vorlage: 16/SVV/0249

Oberbürgermeister, FB Rechnungswesen und Steuern

Auf eine Einbringung der Vorlage wird verzichtet.

Herr Wartenberg verweist auf ein Grundstück in Fahrland, welches veräußert werden soll und fragt, ob die Ortsbeiräte bei der Veräußerung von Grundstücken nicht mehr beteiligt werden.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass es sich hierbei lediglich um das Vorverfahren – also geplante Verkäufe handele; wenn tatsächlich verkauft wird, wird der Ortsbeirat beteiligt.

In der sich anschließenden Diskussion werden Nachfragen zu speziellen Grundstücken gestellt, welche von Herrn Goetzmann und Herrn Scheffler, Bereichsleiter Grundstücksmanagement, beantwortet werden.

Im Anschluss wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Prüfergebnis bzgl. der Mitgliedschaft in der Gütegemeinschaft
Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.
gemäß Beschluss: 15/SVV/0746**

**zu 5.2.1 "Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V."
Vorlage: 16/SVV/0255**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Zu der Vorlage gibt es keinen Diskussionsbedarf; die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Bericht über die Umsetzung des Schulentwicklungsplans und die
Sanierungsmaßnahmen
gemäß Beschluss: 15/SVV/0008**

zurückgestellt

**zu 5.4 Information über die Initiative für ein Schulbauförderungsprogramm des
Landes
gemäß Beschluss: 15/SVV/0801**

zurückgestellt

**zu 5.5 Bericht zur Umsetzung des Beschlusses "Herausforderungen in der
Flüchtlings- und Integrationsarbeit gemeinsam bewältigen - DS 15/SVV/0875**

zurückgestellt

zu 5.6 Handlungskonzept Papierkörbe - erneute BE - Leerung aus einer Hand.

Herr Schenke, Bereichsleiter Verwaltung und Finanzmanagement, führt aus, dass die Leistungen öffentlich ausgeschrieben werden und dem Wettbewerb unterliegen.

Das dem zu Grunde liegende Vergabegesetz lässt die Vergabe an eine Hand (STEP) nicht zu.

Herr Dr. Scharfenberg und Herr Finken kritisieren die Qualität der Reinigungsleistung und erwarten für die Zukunft Verbesserungen.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass das Ziel erkannt sei und die Anregungen aufgegriffen werden.

zu 5.7 Ergebnisse - Stärkung des Wirtschaftsraums zentrale Innenstadt gemäß Beschluss: 15/SVV/0223

Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, stellt anhand einer Power-Point- Präsentation den derzeitigen Stand sowie die Anregungen und Hinweise der durchgeführten Befragung dar.

In seinen Ausführungen geht er insbesondere auf die Einflussmöglichkeiten der Landeshauptstadt ein, auf die Unterstützung von Projekten wie z.B. Weihnachtsmärkte, die Erlebnisnacht etc.,. Er verweist auch auf bestehende Probleme z.B. mit Ordnung, Sauberkeit und illegaler Werbung. Darüber hinaus wird auch auf die Beratung von Existenzgründern verwiesen.

Auf Bitte des Wirtschaftsrates sei in den Betrachtungen explizit die Innenstadt einbezogen worden; von Seiten der AG Innenstadt gebe es das klare Votum, anstelle des Einsatzes eines Geschäftsstraßenmanagers besser eine höhere Projektförderung anzubieten.

Herr Frerichs fasst zusammen, dass vielfältige Einzelinteressen bestehen, die Kommunikation zwischen Einzelhandel und Verwaltung funktioniere und grundsätzlich positiv eingeschätzt werde.

Für die Zukunft sei u.a. geplant, die Angebote inhaltlich und räumlich zu erweitern.

Zu den Ausführungen von Herrn Frerichs gibt es keine Nachfragen.

zu 5.8 Prozess zur Erstellung eines Tourismuskonzepts

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereiches Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand.

Mit der Erstellung einer Tourismuskonzeption wurde in Abstimmung mit den touristischen Leistungsträgern die BTE – Tourismus- und Regionalberatung Berlin beauftragt.

Er stellt die Projektphasen vor und geht insbesondere auf die geplanten Workshops ein, zu denen neben den Beteiligten aus der Tourismusbranche und Vertretern des Einzelhandels auch die Fraktionen eingeladen werden.

Vorgesehen ist, die Workshops am 21.06.2016 und am 01.09.2016 durchzuführen.

Im September 2016, so der Plan, soll die Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und nach der Beratung in den Gremien, im Dezember 2016 beschlossen werden.

In der sich anschließenden Aussprache wird von Herrn Heuer nachgefragt, ob es auf Grund der Bettensteuer und den damit verbundenen höheren Einnahmen von Seiten der Tourismusbranche das Signal zur Bereitschaft gebe, sich finanziell mehr einzubringen?

Herr Jetschmanegg erwidert, dass dies im jetzigen Stadium noch nicht bestätigt

werden kann, im weiteren Verlauf des Prozesses aber thematisiert werde.

Die nächste Berichterstattung dazu werde im Nachgang der Workshops erfolgen; die Power-Point-Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 5.9 Informationen zum Sachstand "Bürgertreff Eiche"

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters führt aus, dass es zu Unstimmigkeiten zwischen dem Eigentümer und dem Ortsbeirat wegen der Nutzung des Bürgertreffs in Eiche gekommen sei. Derzeit dulde der Eigentümer dies; ein gemeinsam erarbeiteter Mietvertrag befinde sich gerade in der rechtlichen Prüfung durch die Landeshauptstadt.

Herr Winskowski, Ortsvorsteher Eiche ergänzt, dass die Nutzung des Bürgertreffs für private Feiern vom Eigentümer nicht gewünscht sei.

Der Ortsbeirat werde sich in seiner Sitzung am 28.04.2016 mit dem vorliegenden Vertragsentwurf befassen und ein entsprechendes Votum abgeben.

Strittig seien derzeit, die vom Eigentümer geforderten stringenten Kontrollen durch den Ortsbeirat bei privaten Veranstaltungen.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch zu Versicherungsfragen antwortet Frau Krusemark, dass diese ebenfalls derzeit rechtlich geprüft werden.

zu 6 Sonstiges

Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 km/h auf der L 40

Herr Goetzmann informiert, dass auf Grund statischer Probleme, verursacht durch einen Böschungsabrutsch, vom Landesstraßenwesen im Bereich Horstweg/Neuendorfer Anger eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h angeordnet wurde; derzeit wird auch eine Betonleitbahn in dem Bereich installiert. Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, beim Landesstraßenamt die schnellstmögliche Behebung der Probleme zu ersuchen; der Oberbürgermeister sagt dies zu.